

# Die feindliche Übernahme von Finanzmärkten & Euro-Land

## **Wie die Finanzwelt für die Zocker passend gemacht wurde, und wie das Euro-Land für den Euro passend gemacht wird**

Das Geschehen ging in zwei Wellen vor sich: Die **Deregulierung** war für alle da, während der **Euro** ausgewählten Opfern vorbehalten blieb. Beides wurde ohne Not eingeführt und immer weiter verfolgt, bis es die gegenwärtigen Nöte schuf. Zur Einstimmung ein empathischer kleiner Text aus der *Süddeutschen Zeitung*, der sich auf politische Fehlleistungen bezieht:

*»Wie konnte das nur passieren? Es ist, leider, eine Mischung aus Überforderung, Selbstüberschätzung und Arroganz der Macht. Man wird diese Pleite nicht mehr loswerden, auch weil eine Grundregel dabei missachtet wurde: Politische Krisen entstehen nicht allein durch das Vergehen am Anfang, sondern vor allem durch die Fehler danach, beim Versuch, die Wahrheit zu verheimlichen oder nur scheinbar herauszulassen. So werden Skandale zu einem niemals endenden Alptraum. Die Gründe: Überforderung, Hybris und Arroganz der Macht. So nahm das Unheil seinen Lauf, ungebremst, weil die Beteiligten stets behaupteten, sie hätten alles im Griff. Dabei lief alles geradewegs in Richtung Katastrophe. Die Kosten explodierten, windige Geschäftsleute zockten die Länder ab, Investoren hielten Abstand.«*

Was sich wie ein Geleitwort zu den ganz großen Problemen liest, ist auf ein deutsches Regionalproblem gemünzt. Man findet hier aber die grundsätzlichen Defizite angesprochen, zu denen sich noch *Gier und Bestechlichkeit* gesellen, und natürlich stets die politische Maxime *»gut gewollt und schlecht gekonnt«*. Auf dieser Grundlage lässt sich die Entwicklung verfolgen, wie sie uns im Ablauf von 40 Jahren die derzeitige Notlage beschert hat.

### **Deregulierung USA**

Ende der 1960er Jahre war die Wirtschaftswelt noch in Ordnung. Sie wurde von der Industrie beherrscht, und die Banken hatten eine dienende Funktion. Sie sammelten das Geld vom Sparer ein und vergaben es an die Produktionsbetriebe. Das Ganze unter strenger Aufsicht, weil man noch die Weltwirtschaftskrise von den 1930ern in Erinnerung hatte.

Das Zeitalter der Deregulierung begann in den 1970er Jahren. Zuerst wurde das System fester Wechselkurse aufgehoben (unter US-Präsident Nixon), womit die Leitwährung Dollar an Stabilität verlor.

In den folgenden 40 Jahren beseitigten die Industrienationen die Schutzwälle, die sie um die Wirtschaft herum errichtet hatten - genau so, wie es die Neoliberalen wollten (unter dem Agendasetzer Friedman, dessen erklärtes Ziel der Kampf gegen die Sozialstaatlichkeit war). Die Entfesselung der Märkte nannte sich Liberalisierung, und sie hatte großen Erfolg bei der Bereicherung des obersten 1 %. Was dabei in Vergessenheit geriet, war die Tatsache, *das Herumschieben von Geld schafft keine Werte*. Aber es schafft Scheingewinne (solange die Kurse steigen) und echte Gewinne für die, die das Dealen am besten verstehen und die Provisionen nehmen. Darüber begeisterten sich die Banker, und die Politiker taten willfährig, was die Finanzleute ihnen eintrichterten.

Immer voran die US-Politiker aller Couleur (der Republikaner Nixon, der Demokrat Carter, der Republikaner Reagan). Sie alle lockerten die Regeln für die Finanzmärkte, sie hoben die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken auf und ließen seriöse Firmen damit zu Spekulationsbuden verkommen. Außerdem ermöglichten sie es den Hedgefonds, auf Pump zu spekulieren, so dass lauter Leute Kapitalist spielen durften, die kein Kapital hatten: Sie konnten Firmen kaufen, verkaufen und ausschlachten. Es wurde dereguliert, bis das nutzlose *»Eigengeschäft«* der Finanzindustrie die Geschäfte der Realwirtschaft um das ziffache übertraf, und bis sich die Finanzleute aus der Wall Street zu den Herren der Welt aufgeschwungen hatten.

### **Deregulierung GB**

Die britische Regierung (unter Premierministerin Thatcher) wollte die heimische Bankenszene auch an dem Riesenrad mit immer neuen und immer windigeren Derivaten (Produkte aus Wertpapieren) teilhaben lassen, und Mitte der 1980er Jahre kam die Entfesselung der Märkte in Großbritannien an. Zu den Herren der Welt in Wall Street gesellten sich die Herren der Welt in der City of London.

Das Geschäft wurde immer heißer, weil immer mehr Banken mit solchen Derivaten zockten und weil immer mehr Anleger sie kauften; das Volumen und die Kurse stiegen. Und es wurde immer schmutziger, weil immer mehr versteckte Risiken eingebaut wurden. Die Aufsichtsbehörden schauten weg, die Politiker verstanden es nicht, und die Banker bastelten sich ein Schattenbanken-System (Handel an den regulären Börsen vorbei, *»Auslagerungen«*, Hochrisiko-Zockerei auf Pump, Gewinnflucht in die Steueroasen). Die 1990er Jahre brachten dann Verbriefungen (Investment-Papiere aus zusammengemischten Hypotheken), und damit wurde das Spitzenprodukt des Geldzauers kreiert: die *AAA-subprimes*.

Das höchste Rating AAA (*»triple A«*=angeblich risikolos) wurde für Verbriefungen von subprime (minderwertigen) Hypotheken hergegeben, und damit es nicht auffiel, wurden die Verbriefungen noch mal verbrieft und noch mal. So wusste keiner, was er da kaufte. Aber gekauft wurde es von vielen Banken (allen voran die deutschen Landesbanken und die deutsche HRB, *»denen kann man alles verkaufen«*).

## Deregulierung D

Sie durften jetzt nämlich mitmischen, weil die deutschen Regierungen nicht untätig zusehen wollten, wie die US-Amerikaner und die Briten immer mehr Geld hervorzauberten und herumschoben. Mitte der 1990er kam als »Stärkung vom Finanzplatz Deutschland« eine radikale Aufweichung der bestehenden Gesetze (unter der CDU-Regierung Kohl). Das hieß dann Finanzmarktförderungsgesetz und Investmentmodernisierungsgesetz und erleichterte das Zocken ungemein, durch Abschaffung der Börsenumsatzsteuer und anderen Spekulationsbremsen. Die folgende SPD-Regierung (unter Schröder) machte genauso weiter und erlaubte die Anteilsverkäufe jetzt, ohne Steuern dafür zu erheben. In der Folge wurde hin- und herverkauft wie noch nie. Der Finanzindustrie wurden immer mehr Steuervorteile zugeschanzt, die Finanzmarktaufsicht wurde geschwächt (unter der CDU-SPD-Regierung Merkel).

Tonangebend war eine Lobby-Truppe »Initiative Finanzstandort Deutschland« (IFD, mit dem einschlägig bekannten Bankier Ackermann), die den Abbau von Hindernissen und Regulierungen durchsetzte, um Deutschland zu einem »Produktionsstandort von Kapital« zu machen.

Diese »Produktion« lief international jetzt auf Hochtouren. Die 2000-er Jahre brachten nicht nur eine neue Währung namens Euro, die überwiegend mit einer Ermächtigungsaktion der Eurokraten durchgedrückt wurde. Davon soll vorerst noch nicht die Rede sein, weil der Euro ein paar Jahre lang ohne Auffälligkeiten funktionierte. Was die 2000er zunächst brachten, war das Millisekudentrading, das die Umlaufzeit der Investitionen auf perverse Sekundenbruchteile reduzierte. Die Computerisierung war schon in den 1990er-Jahren losgegangen und hatte den Handel mit Finanzartikeln immer mehr beschleunigt, bis das Zocken die Überhand über die seriösen Investments gewann. Dazu kam nun noch der unregulierte Handel mit »Credit Default Swaps« (CDS, Ausfallversicherungen), mit denen bis heute Wetten auf Pleite-Unternehmen und -Staaten eingegangen werden dürfen, weshalb diese Papiere sich den Ehrentitel »finanzielle Massenvernichtungswaffen« verdient haben.

Die Jonglage mit dem Geld wurde immer abgehobener, zumal die Leitzinsen nahezu auf 0 runtergefahren wurden. Das brachte eine Geldschwemme, und es schuf einen enormen Druck auf das Kapital, angelegt zu werden. Als logische Folge gab es immer mehr Staatsverschuldung (*die Zinsen sind ja nicht die Welt*), und das Geld wurde in immer unsolidere Anlagen hineingetrieben. So wurden den Hedge Fonds Hebelsätze bis zu 30 ermöglicht (1 Teil eigenes Geld auf 30 gepumpte Teile), und auch in den Immobilienmarkt wurden Unmengen von Geld gepumpt.

## Immo-Krise

Das passte der Häuslebauen-für-alle-Bewegung ins Konzept, mit der diverse US-Regierungen (unter Clinton, Reagan, Bush) ihr Volk beglücken wollten. Schon in den 1980er Jahren hatte es eine US-Immobilienblase gegeben, man wusste also, wie es abläuft. Die neue Geldschwemme brachte noch spektakulärere Folgen: Sie erlaubte es Besitz- und Einkommenslosen, ein Haus zu 100 % auf Pump zu bauen, das sie dann mit Gewinn verkauften - solange die Immobilienpreise stiegen. Das Know How aus den 1980ern besagte ganz klar, dass die Preise nie sinken dürfen, weil solche windigen Finanzierungen dann crashen.

Die US-Eigenheime wurden zu Millionen mit dem billigen Geld hochgezogen, und genau diese Heime fanden sich in den Verbriefungen, jenen AAA-subprimes, die sich so wunderbar verkauften. Natürlich nur, bis die Blase platzte.

Das war 2007, aber bis dahin war der Schwarze Peter längst woanders abgeladen. Bis zuletzt machte die Lobby-Initiative IFD mit dem Sprecher Ackermann in Abwiegung: »Der Handel mit notleidenden Krediten entlastet die Bilanzen von Problem-Aktiva.« Aber dann war Schluss mit Handel, und der Schwarze Peter lag in Form der Verbriefungen bei den leichtgläubigen Banken und Investoren; und plötzlich waren sie nicht mehr AAA, sondern D wie default (zahlungsunfähig). Die Schöpfer der betrügerischen Papiere waren dagegen fein raus, die wussten ja, was los war und hatten rechtzeitig verkauft (unter anderen großen Investmentbanken auch die Deutsche Bank mit dem damaligen Chef, wiederum Ackermann).

Man gab dem Geschehen den Namen Bankenkrise, weil nun viele Banken auf Papieren saßen, die kaum noch was wert waren. Es nutzte nichts, dass sie die vielen US-Häuser besaßen; die waren nicht mehr zu verkaufen, weil sie am Markt vorbei gebaut wurden, oder weil einfach zu viele auf dem Markt waren. Weil immer eine Bank Papiere der nächsten besaß, hatte die Immo-Krise das Potential, alle nacheinander in die Insolvenz zu reißen. Schließlich hatten sich die hohen Kurswerte des Derivatzaubers verflüchtigt, weil das Herumschieben von Geld trotz aller Ackermänner und ihrer »Kapitalproduktion« immer noch keine realen Werte schaffen konnte.

## Systemrelevanz

**Mit dem Schlagwort *too big to fail* wurden jetzt »systemrelevante« Finanzinstitute auserkoren.** Es hieß, deren Konkurs würde so viel Schaden anrichten, dass darob das ganze Finanzsystem zerstört würde. Die Politik ließ sich von dieser Behauptung dermaßen alarmieren, dass hinfort eine panische Rettungsaktion an die andere gereicht wurde, maßgeblich in den USA, Großbritannien und Deutschland. So ging die Retterei los.

Es wurde das Unmögliche möglich gemacht, nur eben das falsche. Die betreffenden Großbanken waren de facto pleite, und nun wurden ihnen horrende Mengen von Staatsgeld mehr oder weniger geschenkt, Motto: koste es, was es wolle, sie sind zu groß zum Pleitegehen. Dabei gab es schon 2007 die Stimme der Vernunft, die ein ganz anderes Verfahren forderte. Diese Ansicht setzt sich mit 5 Jahren Verspätung durch, nachdem sich manche Politiker

vom Bann der Banker-Lobby befreit haben. Es ist das marktwirtschaftliche Verfahren:

Die Bank geht pleite und wird eine Sekunde danach neu eröffnet. Die Aktionäre verlieren alles, wie es die Marktwirtschaft vorsieht. Ebenso verliert das Management alle Pensions- und Bonus-Zusagen. Die Gläubiger werden nach Augenmaß abgefunden, das heißt, der Staat garantiert Einlagen bis etwa 100.000 Euro. Die großen Einlagen werden aus der Konkursmasse bedient, soweit Masse da ist, und für das, was nicht gezahlt werden kann, bekommen sie Bankaktien.

So wird der Systemcrash vermieden und der Schaden dort abgeliefert, wo er hingehört, nämlich bei den Verantwortlichen. Statt nach Methode Marktwirtschaft wurde aber nach Methode Politik verfahren, und die heißt »Sozialismus für Kapitalisten oder gleich *Schulden für alle!*« Das Geld wurde billionenweise von unten nach oben umverteilt; die Schulden der Banken wurden zu Staatsschulden. In Großbritannien geht fast die Hälfte der Staatsschuld auf diese Umverteilung zurück, in Deutschland ist es vorerst ein Zehntel. Unnötig zu sagen, dass beide Länder Zinsen für diese Schulden zahlen, statt dass sie Zinsen dafür kriegen.

### Umverteilung

**Mit der superteuren Retterei hatte es für die USA und für Britannien sein Bewenden. Die Umverteilung war erfolgreich eingeführt, das System als solches war stabilisiert worden und kann ungestört weiter daran arbeiten, das obere 1 % zu bereichern. Denn von Regulierung ist zwar gern die Rede, aber die Macht der Finanzlobby ist so groß, dass nichts Wirksames in der Richtung geschieht. Die Herren der Welt in Wall Street und City of London haben die Lage im Griff. Die Börsen und Finanzmärkte dienen immer noch den Zockern statt der Realwirtschaft. Gezockt wird im Millisekundentakt, zunehmend auch mit Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Ackerland. Von einer Abschaffung der unregulierten Märkte ist nicht ernsthaft die Rede, geschweige denn von Wiedergutmachung des Schadens, den die Finanzwirtschaft angerichtet hat.**

Der Missbrauch ist jetzt etabliert. Das Finanzsystem ist zum Selbstzweck geworden. Das große Geld soll durch Zocken mit Kundengeldern und mit der volkswirtschaftlich nutzlosen Derivatwirtschaft verdient werden, statt in der Realwirtschaft. Die Zockerbuden dürfen weiterhin über unser Wohl und Wehe bestimmen, statt dass sie Umsatzsteuer zahlen wie alle anderen, und statt dass Haltefristen dem Spuk ein Ende bereiten. Die Deregulierung hat sich als volksfeindlich erweisen; sie schafft keinen realen Nutzen, nur Umverteilung von unten nach oben. Die Früchte des Technikfortschritts kommen unten nicht an, die realen Arbeitseinkommen stagnieren seit 40 Jahren, nur das obere 1 % bereichert sich immer mehr. **Die Finanziers, die der Realwirtschaft dienen sollten, haben sich zu den Herren der Welt aufgeschwungen. Es handelt sich um eine feindliche Übernahme (d.h. gegen den Willen der Betroffenen).**

### Euro

So weit, so schlecht. Aber das ist nicht alles, was in der Finanzwelt los ist. Für die Euro-Länder geht es seit der Bankenkrise noch weiter bergab, denn da breitet sich jetzt die Euro-Krise aus. Nachdem der Euro bis 2007 funktioniert hatte, ohne dass die Konstruktionsmängel auffielen, zeigte sich nun, dass der Euro von Anfang an als Missgeburt konzipiert war. Lange verstanden die Euro-Politiker den Eindruck zu erwecken, sie wüssten, was sie tun. Mit der Griechenland-Krise wurde offenkundig, sie wissen es nicht. Sie versuchen sich bloß die Realität für ihre Fehleinschätzungen passend zu machen, und sie benutzen dazu die politische Allzweckwaffe: das *Geldherumschieben*.

Das beherrschen sie gut, denn sie waren mittlerweile gut abgerichtet für die just-in-time-Anlieferung von frischem Rettungsgeld. Die Finanzlobby kann sie mit der Drohkulisse vom »Systemuntergang« vor sich her scheuchen, und weil die Euro-Krise auch wieder eine Bankenkrise ist, können nun die Euro-Süd-Politiker dasselbe, mit der Erpressungsformel »*wir sind zahlungsunfähig, Geld her oder Staats- & Bankencrash*«. Deshalb wird nun für den Euro eine Notmaßnahme an die andere gereicht, ohne dass eine seriöse Lösung in Sicht kommt.

Man muss sich vor Augen halten, was im südlichen Euro-Raum passiert: Die Staaten haben sich dort bis übers Limit verschuldet, und kaum jemand mag ihnen mehr Geld leihen. Deshalb sollen diejenigen einspringen, die auch schon enorm verschuldet sind, die aber immer noch was geliehen kriegen. Die sollen also für die Insolventen bürgen, bzw. ihnen die Schulden schenken, wenn die Finanzunion kommt. Am besten sollen sie sämtliche Euros hingeben und jene Eurokraten machen lassen, die den Schlamassel angerichtet haben. Das ist das Ziel der Euro-Politik.

Weil in Sachen Euro weder Rechenschaft abgelegt, noch Bilanz gezogen wird, sind keine verlässlichen Zahlen bekannt. Der aufgelaufene Schaden dürfte aber schon im Billionen-Bereich liegen, und mit Gewissheit gehen die Risiken noch weiter in die Billionen. Ebenso gewiss zahlt wieder die Allgemeinheit, und die Profiteure sitzen wieder in der Finanzwirtschaft. Der Fehler, Finanzinstitute für »systemrelevant« zu erklären, wird jetzt zum zweiten Mal abgestraft. Aber die Politik hat ja selten Probleme damit, denselben Fehler mehrfach zu begehen.

Die Motivation ist auch eine andere, als bloß die Probleme zu lösen. Im Hintergrund geht es um die **Machtergreifung der Eurokraten**, um einen Machbarkeitswahn, mit dem sie sich Kompetenzen anmaßen, die sie gar nicht haben. Was die Finanziers in 40 Jahren beharrlicher Lobbyarbeit für sich durchgedrückt haben, setzen die Euro-Politiker mit langen Anlauf über einen ähnlichen Zeitraum für sich selber durch. Bei der EU sind die bürokratischen Machtstrukturen mit einem Parlament kaschiert, das auch ein bisschen mitreden darf. Bezeichnend war,

dass es bei der Euro-Retterei gar nicht gefragt war, und die Staatsparlamente allenfalls am Rande. Bei der Euro-Krise kommt nämlich der große Durchbruch für die Akteure in Ministerrat, Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und das ganze EU-Gipfel-Personal. Es ist eine **Selbstermächtigung**, was die durchziehen.

## Dogmen

Das Grundmotiv liefert das Dogma von der Notwendigkeit des Europäischen Bundesstaats, dem die Eurokraten seit jeher huldigen. Der Bundesstaat soll von den Eurokraten regiert werden, statt des Staatenbunds mit eigenen Regierungen. Diesem Streben wird alles andere untergeordnet: die Vertragstreue, das demokratische Prinzip (nach dem die Betroffenen gefragt werden müssen), genauso wie die Verantwortung für solides Wirtschaften statt dogmatischem Wunschenken. Wo immer die ökonomische Rationalität gegen das Dogma spricht, wird sie durch politische Willkür ersetzt.

So wurde den konkurrierenden Euro-Staaten eine gemeinsame Währung verpasst, mit der Vorstellung, die Zielkonflikte würden sich schon irgendwie auflösen. Es zeigte sich aber, dass der Euro auf allzu optimistischen Annahmen basiert, die sich nun immer wieder als unrealistisch erweisen und dabei spektakulär viel Geld verbrennen. Das ging relativ unbemerkt los, mit Wettbewerbsverzerrung und Fehlallozierung, weil der Euro für die wirtschaftlich starken Staaten zu billig war und für die schwachen zu teuer. Für Deutschland bedeutete das Lohnsenkung, Konsumverzicht (das ist es, was die Allgemeinheit vom Exportüberschuss hat) und jahrelange Schwäche beim Wirtschaftswachstum. Für Griechenland bedeutete es einen fatalen Anreiz zum Schuldenmachen, weil die niedrigen Euro-Zinsen unter der griechischen Inflationsrate lagen.

Die Kapitalmärkte fielen jahrelang auf die Stabilitätsverheißung des Euros herein und gaben Kredite an alle Euro-Staaten zu ähnlichen Kursen. Das änderte sich erst nach 2007, als sie merkten, dass die griechischen Finanzen immer noch so unsolide sind wie seit jeher. **Die Rendite (Zins) für griechische Staatsanleihen stieg auf angemessene Höhen wie zu Drachmen-Zeiten, nur war keine Abwertung mehr möglich wie damals. Nun rächte sich die Starrheit des Euro-Konzepts ebenso wie der Dogmatismus der Euro-Politik.** Die Wettbewerbsfähigkeit war verloren, weil der teure Euro die griechischen Produkte zu teuer machte, und das konnte nun nicht mehr mit neuen Schulden kaschiert werden. Vielmehr mussten die aufgelaufenen Schulden zu realen Konditionen bedient werden; und das ging nicht mehr.

## Konkursverschleppung

Nach ökonomischen Kriterien war Griechenland deshalb pleite (wie schon öfters in der Geschichte). Aber in der Euro-Konstruktion war sowas nicht vorgesehen (und hätte nur mit viel Hader nachverhandelt werden können), also wollte die Politik partout keine Pleite bei einem Euro-Staat hinnehmen. Folglich begann die Leidensgeschichte nun erst recht. **Der Staatskonkurs wurde mit Rettungsmaßnahmen abgewendet, es wurde *Konkursverschleppung* betrieben. In der Privatwirtschaft ist Konkursverschleppung ein Straftatbestand, aus gutem Grund, weil sie alles immer schlimmer macht. Genau das passiert im Fall Griechenland.**

Die Folgen heißen Geldvernichtung, Kapitalflucht und Umverteilung in großem Maßstab. Das Rettungsgeld geht ja nicht in die Restrukturierung, sondern damit werden insolvenzreife Strukturen künstlich am Leben erhalten. Der unmittelbare Reformdruck der Staatspleite wird vergeudet und eingetauscht gegen von außen hereingetragene »Reformzwänge«, die der politischen Willkür folgen und immer wieder zur Diskussion stehen. *Wird das Geld ganz geschenkt? Wird nur die Versicherungsleistung geschenkt? Oder hintenrum Zinsen geschenkt? Und wie wenig wird es abgesichert?* Unnötig zu sagen, wieviel Hass das Gezänk um die Ausgestaltung der Willkür hervorbringt, bei Gebern wie bei Nehmern. Von Gerechtigkeit ist sowieso keine Rede; die Profiteure werden nicht belastet, sondern nur die, die sich nicht wehren können. Und den solventen Euro-Ländern wird Solidarität abverlangt, während die Griechen sich selber entsolidarisieren dürfen und ihr Kapital von zuhause abziehen, wie auch die Spanier, Italiener usw.

## Lügenparade

Die Rettungs-Täter nehmen das zum Anlass für immer massivere Eingriffe und immer weitere Schritte von der ökonomischen Rationalität weg und hin zu ungebremster politischer Machtentfaltung; als ob politische Entscheidungen die ökonomischen Gesetze ändern könnten. Die Liste der Unaufrichtigkeiten, Fehler und Lügen erfüllt alle Vorgaben aus dem vorangestellten Geleitwort über politische Fehlleistungen, und noch einiges dazu:

- **Stabilitätslügen** von Anfang an, weil zum Beispiel Griechenland nur mit Lug und Trug in die Euro-Zone aufgenommen wurde (man ließ die Staatsbilanzen von Beratungsfirmen fälschen).
- **Nutzen-Lüge**, weil die gemeinsame Währung angeblich mehr Vorteile bringt, als den Preis, der dafür zu zahlen ist. Der Nutzen ist aber eine Idealvorstellung und liegt real nur bei einer niedrigen Mrd.-Zahl, während der Schaden allein durch die Fehlallozierung schon in den Bio.-Bereich geht.
- **Euro-gleich-EU-Lüge**, weil die Abschaffung des Euros mit dem »Untergang« der EU gleichgesetzt wird. Realistischer ist, dass das Beibehalten des Euros den EU-Untergang herbeiführt.
- **Risikolügen**, weil die Rettungs-Milliarden dauernd ausufern. Wenn man sich nicht traut, noch mehr Mrd. zum Verschieben herbeizuzaubern, werden eben die Risiken der bereits eingesetzten »Bürgschaften« erhöht. Was nicht über den Betrag geht, geht über schlechtere Absicherung (nicht vorrangig oder faule Sicherheiten).
- **Ausnahmefall-Lüge**, weil diese Begründung für besonders unsolide Aktionen längst auf den Normalfall

angewendet wird. Die »vorübergehenden« Notmaßnahmen werden als Dauerzustand institutionalisiert (z.B. der Rettungsschirm ESM)

- **Alternativlosigkeitslüge**, weil so getan wird, als ob es keine Möglichkeiten gäbe zwischen dem Konkurs mit totalem Systemzusammenbruch und der maximalen Bankenbeglückung. Aber dazwischen liegt die vernünftige ökonomische Lösung der kontrollierten Insolvenz, nach der erstmal die Profiteure haften, und Hilfgeld gibt es nur zu sauber kalkulierten Konditionen.
- **Solvenzlügen**, weil die spanischen Banken (und wer weiß wie viel andere) die tatsächlichen Verbindlichkeiten in ihren Bilanzen verschleiern. Deshalb trauen die Banken einander ja nicht mehr. Wenn man die Größe der Risiken vorher gekannt hätte, wären die Rettungs-Entscheidungen womöglich gar nicht gefallen.
- **Schuldenlimit-Lüge**, weil man nun »strikte Schuldenlimits einführen« will - als ob es die nicht längst gäbe. Wenn die früher nie eingehalten wurden, wieso meint man, das würde sich jemals ändern?
- **Reformlügen**, weil zum Beispiel die griechischen Versprechungen nie annähernd erfüllt wurden, während das Geld immer gegeben wurde. Aufschub für die Reformen wird dauernd gegeben, Aufschub für Zahlungen gibt es nie. Was die Inspektoren der Troika an Missverhalten aufdecken, hat keine Konsequenzen.

## Fiskalpakt & ESM

Daran krankt die Glaubwürdigkeit der Ermächtigungspolitik, dass sie sich an ihre alten Versprechungen nicht erinnern mag und ständig Prinzipien, Verträge und Vereinbarungen bricht (*Stabilitätspakt, Übernahmeverbot fremder Schulden, Verbot der monetären Staatsfinanzierung, Unabhängigkeit der Notenbanken*). Im Klartext muss man den »Fiskalpakt« wohl so interpretieren: Wir haben zwar immer geschludert und zuviel Schulden gemacht und die Euro-Stabilitätsversprechen nicht eingehalten; Griechenland hat seine Versprechungen gebrochen, die es fürs Retten abgeben musste; und die ESM (Europäische Schulden-Maschine, pardon, Europäischer Stabilitäts-Mechanismus *mit der Vorgabe, kein Geld an Banken ohne Staatsgarantie*) hat den Fiskalpakt schon gebrochen, ehe es überhaupt damit losgeht (*nun doch Geld für die Banken ohne Staatsgarantie*) - **aber ... in Zukunft wird alles anders.**

Man muss mehr als optimistisch sein, um das zu glauben. Bezeichnend ist doch, mit was für einem Kuhhandel der Fiskalpakt durchgesetzt wurde, also die Verpflichtung zum sauberen Wirtschaften wurde mit krummen Deals durchgedrückt. Die andere neue Errungenschaft, die ESM, ist noch schlimmer. Das ist die totale Ermächtigung von »berufenen« (nicht gewählten) »Gouverneuren«, die sich einen rechtsfreien Raum schaffen, in dem sie ihre Willkür ausleben können, ohne dass man sie jemals zur Verantwortung ziehen kann. Zudem sind dort die Geberländer unterrepräsentiert, und die nehmende Mehrheit kann sich das Geld nach Belieben selbst genehmigen.

Die ESM steht außerhalb von demokratischen Kontrollen und ökonomischen Grundprinzipien. Sie institutionalisiert eine Notmaßnahme als Dauerzustand, sie ist eine **Machtergreifung**, und weil es fernab des demokratischen Willens geschieht, eine **feindliche Übernahme**. Die Eurokraten-Elite macht sich damit den Traum wahr, freien Zugriff auf das Euro-Mitgliedergeld zu erlangen, den man bisher aus guten Gründen verweigert hat. Damit wird die Finanzunion eingeführt, die **das Euro-Land für den Euro passend machen** soll (statt dass der Euro für die Euro-Länder tauglich gemacht wird, mit Ausstiegsregeln usw.).

Das Dogma vom *Euro über alles* und vom dafür nötigen Euro-Bundesstaat bzw. Finanzunion basiert auf der Wunschvorstellung, durch einheitliche Finanzpolitik ließe sich ohne Auf- oder Abwertung gleichmäßige Wettbewerbsfähigkeit herstellen. In Wirklichkeit kann das nur die Wirtschaft leisten. Die Politik kann keine Wettbewerbsfähigkeit *herbeiregieren*, und sie kann sie auch nicht *herbeisubventionieren*, wie der fehlgeleitete »Aufbau Ost« zeigte (da ging es auch um eine einheitliche Währung für unterschiedliche Wirtschaftsräume). Einen ähnlichen Fall hat Italien vorzuweisen, wo Sizilien schon seit Jahrzehnten ohne Erfolg subventioniert wird. **Dasselbe auf den ganzen Euro-Raum projiziert, wo die Verhältnisse noch viel ungünstiger liegen, ergibt eine atemberaubende Perspektive vom allseitigen Ruin.**

## Geldzauber

Die Subventioniererei krankt seit jeher am Mangel von gezielter Planung und durchgreifender Kontrolle und überhaupt an Effizienz. Das war bei der Treuhand genauso wie bei den EU-Subventionen von Spanien und Griechenland (Ergebnis spanische Immo-Blase und griechische Geldvernichtung). Geldherumschieben ist kein Zauberwerk, auch wenn die Eurokraten ein Spitzenprodukt des Geldzaubers nach dem anderen vorführen:

- die Rettungsgelder gehen von der EZB an Griechenland, und Griechenland gibt sie gleich weiter an die Gläubiger von den griechischen Staatsanleihen, also meist zurück an die EZB. Die EZB profiliert sich schließlich als *bad bank* mit Staatsanleihen, die sonst niemand kaufen will (auch von Italien, Spanien usw). Im Moment sind es ca. 250 Mrd., aber man müsste an die Zahl einen Motor dranmachen, der sie so schnell hochzählt, wie sie sich ändert – das gilt auch für die folgenden Zahlen.
- die Deutsche Bundesbank DB ist auch zur bad bank geworden, mit uneinbringlichen Krediten von 750 Mrd Euro. Das ist einem weiteren Geldzauber geschuldet: dem *Target-2-System* der EZB. Anfangs waren die Salden ausgeglichen, aber seit 2007 spiegelt sich darin die Kapitalflucht des Euro-Raums; den Gläubigern Deutschland (750 Mrd.), Niederlande (150), Luxemburg (100) und Finnland (100) stehen die Schuldner Spanien (-400), Italien (-300), Griechenland (-100), Portugal (-100), Frankreich (-100) und Ir-

land (-100) gegenüber (Zahlenmotor bei runden Zahlen angehalten). Offiziell dient das Target-System dazu, »bereits zur Verfügung stehende Liquidität innerhalb der Währungsunion zu verteilen.« Real ist es zur Umverteilung von Nord nach Süd geworden, ein Schuldenticker mit 1 Mrd. mehr jeden Tag, und zwar ohne Limit. Mit welchem Zauber das bereinigt werden soll, darüber schweigt die Euro-Politik; sie zieht es vor, dieses superteure Problem zu ignorieren. Vergeblich natürlich, wegen des Erpressungspotentials, das darin steckt. Die griechische Zentralbank schöpft ca. 100 Mio. Euro pro Tag, die DB muss sie aus dem Markt nehmen und einen neuen 100-Mio.-Kredit draus machen, und das ist nach den Euro-Statuten legal. Das gibt Griechenland natürlich eine dominante Verhandlungsposition.

- die EZB pumpt die Banken mit (beinahe) kostenlosen Billionenkrediten voll, damit die Banken Staatsanleihen von den Pleitestaaten kaufen und dadurch die hohen Renditen runterdrücken. Das bedeutet Milliardeneschenke für die Banken, die sich natürlich lieber andere hochverzinsten Anlagen aussuchen. Jetzt wird wieder diskutiert, das EZB-Geld direkt den Staaten zu geben, ohne die Bankenprofite dazwischen. Das wird mit dem Argument abgelehnt, dass die Banken ökonomische Rationalität in den Geldfluss bringen. Doch wo bleibt die ökonomische Rationalität, wenn die Banken mit politischer Willkür so gepusht werden? Offiziell nennt sich diese Bankenbeglückungsaktion »Liquiditätshilfe«, und damit werden die Banken dafür *belohnt*, dass sie keine spanischen Staatsanleihen kaufen mögen und dass sie einander nicht mehr trauen und sich kein Geld mehr untereinander leihen - unglaublich, aber wahr.
- die EZB hält den Leitzins unten, um niedrige Zinsen für die vielen Staatsschulden zu erzwingen; sonst könnte sich gar kein Euro-Land mehr den Schuldendienst leisten. Daraus ergibt sich eine Geldschwemme und damit eine Geldentwertung, und das bedeutet Inflation. Inflation würde zwar die Schulden abbauen (auf Kosten der Sparer), aber sie würde auch die Renditen hochtreiben, was wiederum nicht sein darf. Also noch mehr Geldschwemme, und weil das amerikanische EZB-Gegenstück Fed dasselbe macht, noch viel mehr. Durch das viele Geld wird das Zocken in immer abgelegene Märkte gedrängt. Die Renditejagd macht nirgends mehr Halt.

### Geldschwemme

Wegen der Deregulierung kommt die Geldschwemme überall hin, nur nicht dorthin, wo seriöse Investitionen gebraucht werden: bei der Realwirtschaft, der Infrastruktur, den spanischen Staatsanleihen. Es ist viel sexier, mit CDS gegen die Staaten zu zocken, es ist profitabler, das Geld in die Lebensmittel-Märkte zu stecken (jeder Sack Zucker wird x-mal verkauft, ehe er in den Einzelhandel kommt) oder in die Ackerland-Spekulation (Landraub) oder in die Devisenspekulation usw. usf.

**Auch diese Fehlentwicklung zählt zur Schädigung von Euro und Deregulierung. Die Staaten haben sich mit ihrer Verschuldung und dem daraus folgenden Aktionismus in die Hände einer Finanzwelt begeben, der sie fast alle Hemmnisse aus dem Weg geräumt haben. Und nun wundern sie sich, wenn sie nach allen Regeln der Kunst abgezockt werden.**

Was da etabliert wurde ist die Regelbindung der Politik gegenüber den deregulierten Finanzmärkten, während die Bindung an die Prinzipien von Gerechtigkeit, Marktwirtschaft und Demokratie aufgeweicht wurde. *Kein rationaler Umgang mit Nutzen und Schaden des Euros. Keine Bremse für die entfesselte Zockerei. Keine Abschaffung der volksschädigenden Investmentbanken. Aber Bedienung der Schulden, die durch die Finanzspekulation entstanden sind. Und immer mehr Schulden häufeln und herumschieben. Und immer weitere Umverteilung zum reichen 1 % statt Wiedergutmachung.* So sieht die **Machtergreifung der Finanziers und Eurokraten** aus, und darin besteht die **feindliche Übernahme von Finanzmärkten & Euro-Land**.

### Teuro

Wenigstens aus der Euro-Bredouille rauszukommen, ist ebenfalls mit Billionen-Kosten verbunden. Welchen Weg man auch wählt, die Lage ist so vermurkst, dass es in jedem Fall superteuer wird, mit guten Aussichten auf Ruin für alle. Der Euro hat das Euro-Land mit unkalkulierbaren Risiken überzogen; er macht seinem Ruf als Teuro fürwahr Ehre.

Immerhin kriegen schon viele Politiker Angst vor der feindlichen Übernahme durch die ESM-Gouverneure, manche verstehen sogar den Target-2-Schuldenticker, und angesichts immer neuer Enthüllungen und Skandale glaubt hoffentlich keiner mehr der Bankenlobby. Aber man beugt sich ihrer Macht weiterhin, und auch in Richtung Eurokraten-Machtergreifung dürfte es leider weitergehen. *Das Euro-Land wird für den Euro passend gemacht, basta*, und keine Entscheidung vom Verfassungsgericht wird das wohl aufhalten.

**Und der Text aus der SÜDDEUTSCHEN im Geleitwort auf Seite 1?** Der war zum Nürburgring, einer Einrichtung, die der sinnlosen Raserei gewidmet ist, und die pleite ging. Kein gutes Omen.

Wilfried Müller, bfg-münchen